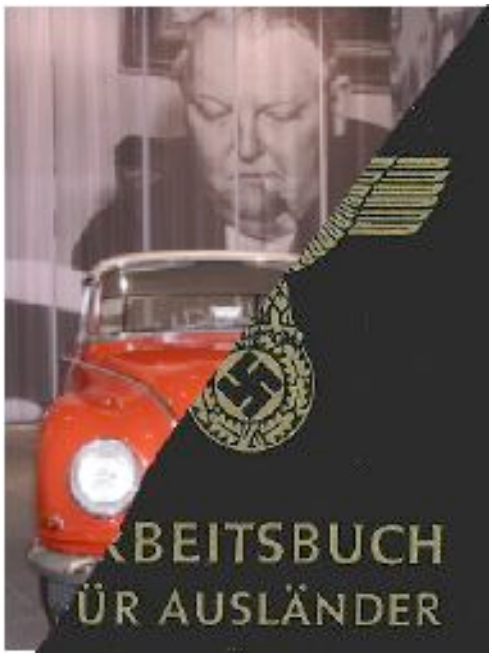
Zwangsarbeit und Wirtschaftswunder

Von Herbert Schui



Wirtschaftswundersymbole und Zwangsarbeitsdokument*

Zusammenbruch und Trümmer waren in Westdeutschland stets der Code für den Mai 1945, die vielbeschworene „Stunde Null". Daß es dennoch zu einem raschen wirtschaftlichen Aufstieg kam, kann dann nur als Wunder, eben als „Wirtschaftswunder" verstanden werden. Dies ist der Gründungsmythos der west-deutschen Wirtschaftsgesellschaft. Die Tatsachen allerdings lassen nicht auf ein Wunder schließen. Denn 1948 gab es in Westdeutschland 14% mehr und um ein Drittel jüngere Fabrikationsanlagen als 1935, und daß dies trotz Rüstungsproduktion, Kriegszerstörungen, Demontagen und trotz der millionenfachen Einberufung zum Kriegsdienst und damit fehlender Arbeitskräfte der Fall sein konnte, erklärt sich vor allem durch die Ausbeutung der Zwangsarbeiter sowie durch die Zufuhr von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Industrieprodukten aus den besetzten Gebieten.

Um den Zusammenhang zwischen der Zwangsarbeit im Krieg und dem späterem „Wirtschaftswunder" wirklich aufzuklären, muß als erstes untersucht werden, was 1945 in welchem Ausmaß zerstört war (die Fabriken, das Transportwesen, die Wohnungen). Wie Werner Abelshauser in seiner Arbeit zur Wirtschaftsgeschichte Westdeutschlands nachweist, richteten sich die Bombarde-ments der Alliierten vornehmlich auf die Wohngebiete und das Transportwesen: Auf jede dieser beiden Zielgruppen entfielen jeweils siebenmal mehr Bomben als auf industrielle Anlagen. Zum Erliegen kam die industrielle Produktion in Deutschland seit Mitte 1944, weil es an Transportmöglichkeiten fehlte. Zu diesem Zusammenhang referiert Abelshauser einige wichtige Beobachtungen des „United States Strategic Bombing Survey", wonach 1944, auf dem Höhepunkt der alliierten Luftoffensive, nicht mehr als 6,5% aller Werkzeugmaschinen beschädigt und in der Stahlindustrie nicht mehr als ein paar Hochöfen und wichtige Maschinen zerstört waren. Nur ein Walzwerk lag völlig still. Ähnlich verhielt es sich mit den Bergwerken an der Ruhr. (1)

Diese einzelnen Beobachtungen während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit bestätigt eine umfassende Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr

---

* Auszüge aus einem NS-Arbeitsbuch für Zwangsarbeiter bei: http://www.chgs.umn.edu/Histories__Narratives__Documen/Documents_from_the_Holocaust/Holocaust_German_WWII_workcamp/holocaust_german_wwii_workcamp.html

1958. (2) Ihr zufolge stieg das Bruttoanlagevermögen in der Industrie auf westdeutschem Gebiet von 1935 bis zum Kriegsende um knapp 23%, nach den Demontagen und Restitutionen liegt es Mitte 1948 immer noch um knapp 14'/,, höher als 1935. Von besonderem Interesse ist hierbei, daß der Kapitalbestand nicht wegen überdurchschnittlich hoher Bruttoinvestitionen in den Friedensjahren, sondern erst in den Kriegsjahren 1940 bis 1942/43 kräftig wuchs: Von 1935 bis 1939 beträgt die Zunahme 4,9 Mrd.

199||200

DM (zu Preisen von 1950), von 1939 bis 1943 dagegen 12,9 Mrd. DM. Und auch der Altersaufbau hat sich aufgrund der umfangreichen Investitionen erheblich verbessert. 1935 waren 29% des Bruttoanlagevermögens 0 bis 10 Jahre alt; der Anteil dieser Altersklasse am gesamten Bruttoanlagevermögen stieg bis 1945 auf 55%,1948 betrug er immerhin noch 40%.

Damit waren 1948 die technischen Voraussetzungen für einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufstieg gegeben, besonders, nachdem man das Transportwesen noch im Laufe des Jahres 1947 wieder notdürftig in Stand gesetzt hatte. Eines wird hier bereits deutlich: Der rasche wirtschaftliche Wiederaufstieg Westdeutschlands basiert darauf, daß vergleichsweise moderne Produktionskapazitäten in hinreichendem Umfang bereitstanden. Fleißige Arbeit ohne entsprechendes Realkapital hätte nicht zu dem beachtlichen Wachstum der 50er Jahre führen können.

Das Wirtschaftswunder als Gründungsmythos verliert damit seinen Zauber, aber die rohe Wirklichkeit wird noch um einiges deutlicher, wenn man nach den Gründen für die umfangreichen Investitionen der Jahre 1940 bis 1942/43 fragt. Wirtschaftlich war in der Kriegszeit vom Standpunkt der deutschen Staatsführung gesehen die Frage zu lösen, wie der zivile Konsum auf einem akzeptierbaren Niveau gehalten und gleichzeitig der militärische Verbrauch (die Rüstungsproduktion) kräftig gesteigert werden könnte. Dies erforderte die massive Zufuhr neuer Arbeitskräfte. Sie allein ermöglichte es, den Mangel auszugleichen, der durch die Einberufung deutscher Arbeitskräfte zum Kriegsdienst entstand. Schließlich zählte die Wehrmacht Ende 1939 bereits 3,1 Mio. Mann, im Mai 1941 waren es 5,5 Mio., im Februar 1942 7,6 Mio., 8,8 Mio. im Jahr 1944 und 11 Mio. bei Kriegsende. Dazu kamen rund 1 Mio. Angehörige der Waffen-SS - Stand 1945 -, diese allerdings zum Teil im Ausland rekrutiert. Die Erzeugung von Rüstungs- und von Investitionsgütern (als Bedingung für die vermehrte Rüstungsproduktion) sowie deren Anteil an der Gesamtproduktion ließen sich also nur dann steigern, wenn der Arbeitskräftemangel durch Zwangsrekrutierung behoben wurde und wenn die Differenz zwischen dem Produktionsergebnis je Zwangsarbeiter und seinem zivilen Konsum möglichst hoch ausfiel.

Das Verhör des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" Sauckel (3) vor dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg belegt, daß bis 1945 insgesamt etwa 14 Mio. Menschen als Fremdarbeiter, Kriegsgefangene oder KZHäftlinge im Reichsgebiet Zwangsarbeit leisten mußten. (4) Diesen Sachverhalt verdeutlichen die statistischen Nachweise, die den jeweiligen Bestand an

200||201

Zwangsarbeitern zu einem bestimmten Stichtag dokumentieren, nicht mit hinreichender Klarheit. Denn diese Art der Dokumentation informiert nicht darüber, wie viele der Betroffenen nach einer bestimmten Zeit legal das Reichsgebiet wieder verlassen konnten (einige wegen Beendigung ihres Kontraktes, andere, weil

sie todkrank nach Hause geschickt wurden) und wie viele Zwangsarbeiter, besonders diejenigen aus dem Osten, wegen Hunger, Krankheit und Mißhandlung in Deutschland den Tod fanden. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist dieser niedrige Lebensstandard ein Nachweis dafür, daß der Überschuß, den ein Zwangsarbeiter über seinen (unzureichenden) Lebensunterhalt hinaus produzierte, sehr hoch gewesen sein muß.

Die „kalte Vernunft" der Ausbeutung

Allerdings stieß die Methode, den Lebensstandard der Zwangsarbeiter auf sein absolutes Minimum zu drücken, um dadurch den Überschuß je Beschäftigten zu maximieren, schließlich an ihre Grenzen. Als sich Anfang 1943 die Zufuhr von Zwangsarbeitern zunehmend schwieriger darstellte, setzte sich Sauckel in einer Rede vor den Reichs- und Gauleitern der NSDAP dafür ein, mit den vorhandenen Kräften in der Zukunft sparsamer umzugehen und sie rationeller zu nutzen. Die großen Konzerne sollten die zugewiesenen Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiter „pfleglicher" behandeln, „selbst die sowjetrussischen Arbeitskräfte". Dies verlange „die kalte Vernunft". „Unterernährte, dahinsiechende, unwillige, verzweifelte und haßerfüllte Sklaven ermöglichen niemals eine höchste Ausnutzung ihrer unter normalen Bedingungen erzielbaren Leistungen. (...) Da wir aber die fremden Arbeitskräfte jahrelang brauchen und auch deren Einsatz sogar sehr begrenzt ist, kann ich sie nicht kurzfristig ausbeuten und ihr Arbeitsvermögen nicht erwirtschaften lassen." (5) Demnach kann überhaupt keine Rede davon sein, „daß die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter aus dem Osten allein auf die bindenden Vorschriften der Behörden zurückzuführen gewesen seien. " (6)

Die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte hatte bereits vor dem Ausbruch des Krieges eingesetzt, ihren Höhepunkt erreichte sie 1944. Im August betrug der Anteil ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener 26,5% aller Beschäftigten insgesamt. (7) Bei der Zuteilung der ausländischen Arbeitskräfte wurde zunächst die Landwirtschaft bevorzugt. 1944 allerdings waren die Anteile fast gleich verteilt. Nach Herkunftsländern stellten sowjetische Staatsbürger und Polen im August 1944 mit zusammen 4,446 Mio. die Mehrheit der Zwangsarbeiter. Der Einsatz von KZ-Häftlingen spielte bei der Rekrutierung zunächst keine bedeutende Rolle. Erst im Frühjahr 1942 begann die SS, in größerem Maße Häft-

linge für Rüstungszwecke einzusetzen. (8) Ende 1944 arbeiteten etwa 650.000 (9) Häftlinge je zur Hälfte unter der Regie der SS unmittelbar oder der Organisation Todt und der privaten Industrie. Einschließlich der KZ-Häftlinge ergibt sich damit Ende 1944 ein Bestand von rund 8,3 Mio. Zwangsarbeitern. Dies entspricht in etwa der Stärke der Wehrmacht mit 8,8 Mio. im Jahr 1944.

Mit der Feststellung der Tatsache, daß die wegen des Kriegsdienstes fehlenden Arbeitskräfte durch Zwangsarbeiter ersetzt wurden, läßt sich der *ökonomische Wert* der von diesen geleisteten Arbeit allerdings nur annähernd bestimmen. Denn entscheidend für den Umfang der Rüstungsproduktion und der Herstellung von Investitionsgütern ist, wie gesagt, neben der *Anzahl* der Zwangsarbeiter der von diesen produzierte

Überschuß als Differenz zwischen ihrer Arbeitsproduktivität und ihrem Konsum. Wie Ulrich Herbert auf der Grundlage einer Erhebung von Mitte 1943 ausweist, betrug die Arbeitsleistung der überwiegenden Mehrheit der ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen 80 bis 100% der von vergleichbaren deutschen Arbeitskräften erbrachten. (10)

Bei der Abschätzung des Konsums je Zwangsarbeiter ergeben sich wegen der unterschiedlichen Rechtsstellung erhebliche Schwierigkeiten. So ist zunächst zwischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern zu unterscheiden. Den Zivilarbeitern wurde Lohn gezahlt - in jedem Fall geringer als der Lohn für deutsche Arbeitskräfte, aber vergleichsweise höher für Arbeitskräfte aus Ländern, die mit Deutschland verbündet waren, so die italienischen Kontraktarbeiter bis 1943. Die Kriegsgefangenen dagegen erhielten allenfalls Pfennigbeträge für ihre Arbeit. Von einem regulären Lohn kann hier nicht die Rede sein. Da ein Viertel der zwangsweise Beschäftigten Kriegsgefangene waren (August 1944), mindert dies den Durchschnittswert des Konsums je Zwangsarbeiter erheblich. Die Lohnhöhe der Zivilarbeiter und damit ihr Konsum läßt sich an zwei repräsentativen Beispielen illustrieren: Der Monatslohn eines polnischen Zwangsarbeiters in der Essener Gußstahlfabrik des Krupp-Konzerns betrug bei signifikant längerer Arbeitszeit (258 Stunden) 1942 etwa die Hälfte des Lohnes eines vergleichbaren deutschen Beschäftigten, nämlich 172,60 RM. Nach Abzug von 100,90 RM für die Sozialausgleichsabgabe (seit 1940) und anderer Steuern verblieben Netto 71,70 RM. Nach Abzug von weiteren 49,50 RM für Unterkunft und Verpflegung in einem Zwangsarbeitslager verblieben noch 22,20 RM.

Daß der Sozialausgleichsabgabe und den Steuern keine staatliche Gegenleistung gegenüberstand, ist unmittelbar einleuchtend. Die Abzüge für Unterkunft und Verpflegung überschritten ebenfalls den Realwert der empfangenen Leistungen. Ähnlich die Entlohnung eines sowjetischen Zivilarbeiters im Jahr 1942: Bei einem wöchentlichen Bruttoverdienst von 35 RM betrug die progressive Ostarbeiterabgabe 15,75 RM. Nach Abzug der Kosten für Unterkunft und Verpflegung in Höhe von 10,50 RM wöchentlich verblieben 9,10 RM. Dieser Betrag

wurde in überaus vielen Fällen noch durch das sogenannte Ostarbeitersparen vermindert, das heißt durch eine Zwangsanleihe. (11) Offensichtlich fielen die Abzüge vom Bruttolohn in beiden Beispielen mit 58% bzw. 45% wesentlich höher als bei deutschen Beschäftigten aus. Überdies kam den deutschen Arbeitskräften ein, wenngleich geringer, Teil ihrer Abzüge als soziale oder andere öffentliche Leistungen zugute (Gesundheitswesen, Schulen usw.). Hieraus folgt, daß ein Zwangsarbeiter wegen seiner hohen Abgaben vom Lohn bei allenfalls geringfügigen staatlichen Gegenleistungen weitaus weniger volkswirtschaftliche Ressourcen für den Konsum in Anspruch nahm, als dies aus der Höhe seines Bruttolohnes geschlossen werden könnte. Unterstellt man, daß die Abzüge vom Lohn bei einem deutschen Beschäftigten rund 25% betragen haben und bei einer zivilen ausländischen Arbeitskraft rund 50%, so dürfte, wenn der Bruttolohn der ausländischen Arbeitskräfte die Hälfte desjenigen der deutschen ausmachte, sich ihr Konsum auf ein Drittel des deutschen belaufen haben. Da die Produktivität der ausländischen Arbeitskraft 80% der deutschen betrug, war die Produktivität *je Lohneinheit* eines Zwangsarbeiters 2,4mal so hoch wie die eines deutschen Beschäftigten. (12)

Sicherlich ist diese Berechnung sehr überschlägig, aber sie liefert einen, wenngleich groben, so doch einigermaßen zuverlässigen Anhaltspunkt dafür, wieviel Normalbeschäftigte die Zwangsarbeiter tatsächlich ersetzt haben: Wenn es um die Produktion von Überschuß geht, der in der Kriegswirtschaft für die Rüstungsproduktion und die Herstellung von Investitionsgütern zu verwenden war, dann stehen im Jahr 1944 die 8,3 Mio. Zwangsarbeiter mit ihrer 2,4fachen Effektivität für 19,92 Mio. deutsche Normalbeschäftigte. Vermindert man diese Zahl um die 8,8 Mio. Wehrmachtsangehörigen (1944), so verbleibt eine zusätzliche Wertschöpfungskapazität in Bezug auf die Rüstungs- und Realkapitalproduktion von rund 11 Mio. Beschäftigten, was verglichen mit 1939 einer Zunahme der Arbeitskräfte um 28% entsprechen würde.

Ohne Zwangsarbeiter hätte Deutschland den Krieg aus ökonomischen Gründen weniger lange führen können. Aber vor allem: Ohne Zwangsarbeiter wäre der wirtschaftliche Wiederaufstieg Westdeutschlands nach dem Krieg wesentlich weniger zügig vorangegangen. Dann wäre 1945 in der Tat mit einer ökonomischen Stunde Null vergleichbar gewesen.

Da aber die Fiktion der Stunde Null der wichtigste Bestandteil des westdeutschen Gründungsmythos ist, hat die Entschädigung der Zwangsarbeiter mit vielerlei Widerstand zu kämpfen. Es geht sicherlich um Milliarden - aber nicht nur.

Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45 (2/2000), 199-203;
http://www.blaetter-online.de/artikel.php?pr=598

1 Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt a. M. 1983, S.21.
2 Rolf Krengel, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956, „DIW-Sonderhefte", Neue Folge 42, Berlin 1958.
3 Obergruppenführer der SS, ab 1942 „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz mit der Vollmacht, den Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte, einschließlich der im Ausland angeworbenen Arbeiter und von Kriegsgefangenen unter einheitliche Kontrolle zu bringen". Das Urteil von Nürnberg. Vollständiger Text, München 1946, S. 162.
4 Johann Woydt, Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Heilbronn 1987, S.95. Wont zitiert in diesem Zusammenhang: Internationales Militärgericht Nürnberg, Band 1, S. 143 ff. (Verhör Sauckels vom 30.5.1946) und, ebenda, Band 1, S. 56 (Anklageschrift); des weiteren E. Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1993 -1954), Berlin (DDR) 1964 (Schriftenreihe des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Bd. 3), S. 145, sowie W. Bleyer u.a., Deutschland von 1939 bis 1945 (Deutschland während des Zweiten Weltkrieges), zweite, überarbeitete Auflage, Berlin (DDR) 1975, (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Bd. 12), S. 208.
5 Internationales Militärgericht Nürnberg, Band 27, S. 588 f. (Dok.PS-1739), hier zitiert nach Johann Wont, Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland, a.a.O., S. 131 f.
6 Ulrich Herbert, Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1995, 5.127.
7 Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980, Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin 1986, S. 144, Tabelle 11.
8 Ulrich Herbert, Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, a.a.O., S. 130 ff.
9 Ulrich Herbert, Der „Ausländereinsatz". Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939-1945. Ein Überblick, in: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939-1945, Berlin 1986 = „Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik", hg. von Götz Aly u. a., Nr. 3, S. 13.
10 M. Odenthal, Die Entwicklung des Arbeitseinsatzes im Rheinland und Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Ausländer und Kriegsgefangenen 1938-1943, Essen 1944, S.63. (Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland, a.a.O., 5.142.)
11 Johann Wont, Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland, a.a.O., S. 121 und 131. Vgl. auch die dort angegebenen Quellen.
12 Bezeichnen wir die Arbeitsproduktivität eines deutschen Beschäftigten mit *ad* und seinen Nettolohn (in etwa identisch mit seinem Konsum) mit *wd,* so gilt für die Relation Arbeitsproduktivität/Nettolohn *md = ad/rvd; md* drückt aus, wieviel Produkt eine Lohneinheit erzeugt hat. Für die Zwangsarbeiter läßt sich analog formulieren: *mz = az /wz.*. Das Verhältnis von *mz* zu *md* informiert nun darüber, wieviel die Lohneinheit eines Zwangsarbeiters mehr produziert hat als die Lohneinheit eines deutschen Beschäftigten. Da die Arbeitsproduktivität des Zwangsarbeiters 80% derjenigen des deutschen beträgt und sein Nettolohn 33% derjenigen des deutschen Beschäftigten, läßt sich *mz* in dieser Weise schreiben: *mz= 0,8 ad/0,33 wd.*
Für *mz/md* gilt nun: $mz/md = \frac{0{,}8\ ad \bullet wd}{0{,}33\ wd \bullet ad} = \frac{0{,}8}{0{,}33} = 2{,}4.$
Je Lohneinheit war demnach ein Zwangsarbeiter 2,4mal so produktiv wie ein deutscher Beschäftigter.